

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

uns Deutschen, und damit auch der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürgern im Landkreis, geht es wirtschaftlich so gut wie schon lange nicht mehr. Dies schlägt sich auch in diesem Haushalt nieder.

Aufgrund der robusten Konjunktur und anhaltend niedriger Kreditzinsen sollte daher künftig genau überprüft werden, ob alle für Investitionen gestellten Zuschussanträge von Firmen tatsächlich notwendig sind. Die ggf. eingesparten Gelder könnten an mehreren Stellen verwendet werden:

Wir können z.B. nicht nachvollziehen, warum Jahr für Jahr Klage über das Ansteigen des Jugendhilfeetats geführt wird, Jugendhilfe also anscheinend vorrangig unter monetärem Aspekt betrachtet wird – ist sie doch auch ein Spiegel der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, die nicht zuletzt auf unseren wachsenden Wohlstand (Stichwort: Wohlstandsverwahrlosung) zurückzuführen sind. Diesen gesellschaftlichen Veränderungen, die auch durch das immer weitere Öffnen der Schere zwischen arm und reich bedingt sind, wollen und müssen wir Rechnung tragen. Wir sind überzeugt, dass sich jeder Euro, der frühzeitig in die Förderung von Kindern fließt, ‚auszahlt‘ – seien es die KoKi-Maßnahmen, die wir ausdrücklich begrüßen, sei es die Übernahme sämtlicher Kita-Gebühren für Kinder von HilfeempfängerInnen, die wir uns noch unbürokratischer vorstellen, sei es die Finanzierung der Schulbegleitung etwa für autistische SchülerInnen, die eine Regelschule besuchen, deren Notwendigkeit u.E. weniger oft vom Jugendamt in Frage gestellt werden sollte. Durch das im Landkreis erfreulich gut aufgestellte Pflegeelternwesen werden hohe Heimkosten vermieden – das Geld sollte aber (auch) künftig für Kinder und Jugendliche ausgegeben werden: für eine Wieder-Ausweitung der berufsbezogenen Jugendhilfe, für noch mehr Sozialarbeit an Schulen, etwa auch an der Berufsschule, für anstehende Renovierungsarbeiten im Jugendübernachtungshaus Markt Bibart, das im Übrigen unbedingt weiterhin für die verbandliche Jugendarbeit zur Verfügung stehen sollte.

Indirekt habe ich soeben die Frage der Unterbringung von Asylbewerbern angeschnitten. Der Landkreis sollte verstärkt kleinere Wohneinheiten anmieten –

hier geht unser Appell an die Bürgermeister zum Ausfindigmachen bzw. zur Bereitstellung derselben - damit es künftig mehr positive Ansätze von Akzeptanz der Flüchtlinge durch die Bevölkerung, wie etwa in Münchsteinach oder Uffenheim, gibt. Die Erfahrungen anderer Landkreise, insbesondere des Coburger, wo die Anzahl der unterzubringenden Personen an der Bevölkerungszahl der jeweiligen Orte festgemacht wird, sollten wir uns dabei zunutze machen. Auch die hauptamtliche soziale Betreuung müsste noch eine Ausweitung erfahren – wobei wir die neu geschaffene halbe Stelle bei der Caritas natürlich ausdrücklich begrüßen. Auch gibt uns die personelle Unterbesetzung im Ausländeramt zu denken – dies insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende steigende Zahl von Flüchtlingen.

Notwendig für unsere Landkreisbürgerinnen und -bürger ist die Aufstockung der Schuldnerberatung um eine zweite Stelle. Wartezeiten von acht Monaten sind nicht nur für die Schuldner völlig inakzeptabel, sie gefährden indirekt auch die Existenz vieler Betriebe und Einzelpersonen im Landkreis - wenn Menschen z.B. ihre Handwerkerrechnungen oder die Miete nicht mehr bezahlen können. In diesem Zusammenhang wollen wir jedoch lobend erwähnen, dass die Kosten für die Unterkunft von ALG2-EmpfängerInnen inzwischen dem tatsächlichen Bedarf der Betroffenen angeglichen wurden.

Angesicht der aktuell guten Haushaltslage ist sehr zu begrüßen, dass für das kommende Jahr ein größerer Betrag zur Deckung der Verbindlichkeiten der Kreiskliniken geplant ist - dies umso mehr, als hier in den nächsten Jahren richtig dicke Brocken auf uns zukommen und nicht absehbar ist, wie lange die Hochkonjunktur noch anhält.

Wir freuen uns, dass es dem Kurzentrum Bad Windsheim inzwischen so blendend geht – vielleicht auch, weil der Kreis nach wie vor mehr als 200.000 € pro Jahr zuschießen muss.

In den letzten Jahren sind mehrere größere Untersuchungen, teils für teures Geld, in Auftrag gegeben worden. Im Bereich des Regionalmanagements haben sich diese bereits ausgezahlt, das Seniorenpolitische Gesamtkonzept zeigt erste, wenn auch noch nicht ausreichende Wirkungen, der bereits etliche Jahre alte Nahverkehrsplan ist aber noch viel zu wenig umgesetzt! Hier könnten der Umweltschutz vorangetrieben und gleichzeitig die Lebensqualität der Bürgerin-

nen und Bürger gerade in den entlegenen Dörfern (ein Stichwort: Rufbusse) entscheidend verbessert werden.

Die hohen Geldsummen, die für die Renovierung unserer Schulen ausgegeben wurden und werden, halten wir für vertretbar. Dies sind Zukunftsinvestitionen, die sich lohnen werden! Die Verschiebung der Sanierung der Turnhalle am Schulzentrum Neustadt ist u.E. dennoch angebracht angesichts weiterer anstehender Großprojekte (Plattenbau Berufsschule; Turnhalle Bad Windsheim). Dass diese Projekte bisher im Kostenrahmen blieben, ist natürlich sehr erfreulich, selbst wenn dies z.T. mit nachträglichen Planungsänderungen einherging. In diesem Zusammenhang freut es uns sehr, dass wir erstmals eine Sporthalle im Passivhausstandard bekommen werden und es noch gelungen ist, mit Hilfe von Regenwassernutzung wertvolles Trinkwasser zu sparen. Allerdings müssen bei allen Sparbemühungen die Folgekosten im Auge behalten werden; auch die Mängelverwaltung verursacht Ausgaben! Was die Sanierung Schulzentrum betrifft, muss Mängelhinweisen nachgegangen und deren Beseitigung eingefordert werden, solange noch Gewährleistung besteht. Insbesondere gilt dies für die Dachsanierung im Bauabschnitt IV.

Die Verbrauchswerte der kreiseigenen Liegenschaften müssen jedes Jahr überprüft und nicht nur mit denen vergangener Jahre, sondern auch mit vergleichbaren Gebäuden anderer Kommunen verglichen werden, um in der Folge energiesparende Maßnahmen zu ergreifen und außerdem zu sparen. Um das Ziel ‚100% erneuerbare Energie im Landkreis‘ zu erreichen, steht auch der Landkreis selbst in der Pflicht, auch oder gerade weil aktuell die angestrebte Energiewende bundesweit ins Stocken geraten ist.

Wir sind nach wie vor für die Beibehaltung unseres Abfallsystems, da dadurch bewährte Strukturen weiter genutzt werden, die evtl. Gebührenvorteile für Bürgerinnen und Bürger bringen können, aber auch das Umweltbewusstsein fördern. Dennoch gilt es, Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Verbesserung der Abfalltrennung führen. Der teilweise geäußerten Befürchtung, dass die Wertstoffe ohnehin in der Verbrennung landeten, muss durch Offenlegung der Transport- und damit auch Verarbeitungswege verstärkt entgegengetreten werden. An Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit soll daher auch künftig nicht gespart werden.

Wir wollen nicht versäumen, uns beim scheidenden Kämmerer für seine hervorragende Arbeit zu bedanken. Herr Treuheit, Sie hatten stets alle Zahlen im Blick, gaben geduldig, ausgiebig und verständlich Auskunft und erteilten auch 'mal einen Rat.

Als Grüne, die wir uns Geschlechtergerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben haben, freuen wir uns sehr, dass mit Frau Ripka eine Frau in die Führungsebene des Landkreises aufrückt. Wir hoffen, dass diese Praxis auch bei evtl. weiteren anstehenden Neubesetzungen Anwendung finden wird.

Herr Kämmerer, Herr Landrat, liebe KollegInnen: Die Grüne Fraktion kann dem Haushalt zustimmen.

Barbara Schwörer-Willis, stellv. Fraktionssprecherin